



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21694 - 88
Fernschreiber 0886890

P/XIV/168 - 30. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die Verwirrung ist komplett Günter Markscheffel berichtet aus Genf	89
3 - 4	Bonner Tiefschlag gegen Großbritannien "Macmillan mit Moskau gegen die Einigung Europas?"	73
5	Freiheit gleich Unterdrückung? Die Äußerungen des Herrn Kroll in Caux	42
6	Die Situation in Algerien Nach dem Scheitern der Offensive	38

* * *
* *

Die Verwirrung ist komplett

Günter Markscheffel berichtet aus Genf

Als die im Genfer Pressehaus versammelten Journalisten am Mittwoch gegen Abend die kurze Meldung erhielten, "die Konferenz ist am 5. August zu Ende", konnte keiner von ihnen mit leicht gelangweilter Miene und professioneller Kältschnäuzigkeit behaupten, "nicht neu". Im Gegenteil: Alte Routiniers internationaler Konferenzen rannten wie junge Reporter zu den Fernschreibern der großen Nachrichtenagenturen und an die Telefone, um sich von der Richtigkeit der Meldung zu überzeugen. Die "Bombe" war echt.

Gleich darauf aber begann das Rätselraten über das "Warum" und über die Frage, ob die Konferenz "abgebrochen" oder nur "unterbrochen" wird. Das ist wohl auch heute noch nicht ganz klar.

Tatsache ist: Außenminister Herter muß in die Staaten reisen, um Vorbereitungen für die am 11. August beginnende inter-amerikanische Konferenz zu treffen, die mindestens bis Ende August dauern wird. Dann beginnt schon im September die neue UNO-Session in New York. In beiden Fällen muß Herter, der ja praktisch sein Ministerium in Washington noch nicht übernommen hat, aktiv eingreifen.

Bei der inter-amerikanischen Konferenz steht die ganze Problematik der Beziehungen zwischen den USA und den lateinamerikanischen Staaten zur Debatte. In der UNO kann unter Umständen wegen der zu erwartenden Algerien-Diskussion das Verhältnis Washington-Paris und damit die NATO der bisher schwersten Belastungsprobe ausgesetzt werden. Also, gewichtige Gründe genug für den Außenminister der USA, hier in Genf "mal Pause" zu machen.

Es gibt natürlich auch andere, im Ablauf der Genfer Verhandlungen selbst liegende Gründe für die Entscheidung, zunächst einmal am 5. oder 6. August Genf zu verlassen.

West und Ost haben gestern kategorisch erklärt, man wolle zwar "das Äußerste versuchen", um wenigstens einen provisorischen Kompromiß in der Berlin-Frage zu finden, sehe aber noch nicht, wie man dieses Ziel erreichen könne.

Die wichtigsten in den jetzt ausgetauschten Dokumenten fixierten Punkte sind diametral entgegengesetzt:

1. Dauer einer Interimslösung für Berlin.
2. Gruppenstärke.
3. Eindämmung "subversiver Tätigkeiten".

(In den beiden vorausgegangenen Berichten wurden diese Punkte bereits näher erläutert).

Unklarheit, um nicht zu sagen völlige Verwirrung, herrscht in der Frage des "Gesamtdeutschen Ausschusses". Aus Äußerungen der westdeutschen Delegation verlautet, die Russen hätten das Junk-

tim "Gesamtdeutscher Ausschuss und Übergangslösung für Berlin" aufrechterhalten.

Die Franzosen behaupten das gleiche.

Bei den Amerikanern und Engländern spricht man davon, daß der entsprechende Passus im russischen Dokument "verschiedene Auslegungen" zulasse.

Die Russen selbst erklären, sie hätten zwar im Prinzip ihre Forderung nach Einrichtung eines gesamtdeutschen Ausschusses oder einer anderen Form der Verhandlungen von Vertretern beider Teile Deutschlands aufrechterhalten, aber nicht als Vorbedingung für das Inkrafttreten einer auf zunächst achtzehn Monaten befristeter Interimslösung für Berlin gestellt.

Das ist alles sehr kompliziert. Die Experten werden unter Zugrundelegung der Originaltexte noch schwer arbeiten müssen, um Klarheit zu schaffen oder um - wie ein Mitglied der englischen Delegation scherzhaft sagte - "die letzte Klarheit zu beseitigen ..."

Aber selbst, wenn das gelingen sollte, bleiben immer noch die anderen bereits erwähnten Fragen ungeklärt. Es scheint nicht so, als könnte in dieser letzten Konferenzwoche noch eine haltbare Brücke geschlagen werden.

Was könnte also bis Mitte nächster Woche noch erreicht werden? Bleiben Ost und West auf ihren "Papieren" sitzen, dann ist mit einem Abschlußkommunique zu rechnen, in dem nüchtern festgestellt wird, daß man sich nicht einigen konnte.

Findet man Annäherungspunkte oder Kompromißmöglichkeiten, dann könnten diese mit einem Hinweis darauf erwähnt werden, daß eine spätere Konferenz die noch offengebliebenen Fragen zu klären hat. Oder: Man stellt einen Katalog der "möglichen Annäherungspunkte" auf und erzielt zwecks deren endgültiger Klärung die Einberufung einer Gipfelkonferenz.

Bei allen diesen Überlegungen, die jetzt schon Diskussionsgegenstand innerhalb der einzelnen Delegationen sind, muß aber darauf hingewiesen werden, daß im Augenblick nur von Berlin die Rede ist. Die anderen Fragen, wie europäische Sicherheit und die Wiedervereinigung, sind im Augenblick in den Hintergrund getreten, obwohl jeder weiß, daß sie die Kernprobleme einer Gipfelkonferenz sein würden ... und eigentlich schon die Kernpunkte der Genfer Außenminister-Konferenz hätten sein müssen. Es ist noch zu früh, um mit Sicherheit sagen zu können, wie die "Großen" jetzt taktieren werden. Von den "Kleinen" - den beiden deutschen Delegationen - spricht im Augenblick niemand.

Die Amerikaner schweigen sich aus.

Die Engländer sagen: "Man muß den gesamten Komplex, europäische Sicherheit, militärische Entspannung, Wiedervereinigung und Berlin neu aufrollen".

Die Russen: "Uns bläst der Wind nicht ins Gesicht".

Bonner Tiefschlag gegen Großbritannien

sp - Die Propagandakampagne Konrad Adenauers gegen Großbritannien, die ihre letzte Steigerung im Rahmen der Ausland-Interview-Serie gefunden hatte, ist auf einem neuen Höhepunkt angelangt. Die CDU-offizielle Monatsschrift "Die politische Meinung" hat dem in der Schweiz lebenden US-Staatsbürger Dr. Robert Ingrim (Klein), der als der prominenteste unter den ausländischen Adenauer-Vielschreibern bezeichnet werden kann, soeben an hervorragender Stelle fünf Seiten Raum für Angriffe gegen die britische Regierung gegeben, deren Schärfe ihresgleichen suchen muß. Ingrim, der seine Adenauer-Besessenheit durch seinen SPD-Haß ausgleicht und der mit Paul Wilhelm Wenger in seiner Ressentiments-Manie gegen Herbert Wehner wetteifert, nützt die ihm von der "Politischen Meinung" (übrigens allmonatlich) gegebene Chance zu einer hemmungslosen Attacke gegen Macmillan und Selwyn Lloyd aus, denen er - notabene in einer partei-offiziösen CDU-Schrift und mit deren voller Billigung! - unterschiebt, sie spielten das Spiel Chruschtschows.

Der Adenauer-Journalist Ingrim bezeichnet die Genfer Konferenz, zu der Macmillan, den Chruschtschow durch grobe Drohungen einschüchterte, die Westmächte geschleppt habe, als einen Fehler. Macmillan, der sich mit Recht als Vater der Genfer Konferenz betrachte und sein mißratenes Kind hege, so gut er könne, sei dem Krenl offenbar nicht gewachsen. Seinen westlichen Verbündeten sei es aber noch vor Genf gelungen, Macmillan rechtzeitig in Erdnähe zurückzuholen, so daß sich die britische Phantasie nicht so unbändig ausgelebt habe wie im Sommer 1955 unter Edens Leitung. Trotzdem habe Lloyd zum Abschluß der ersten Genf-Phase den Sowjets doch einen großen Dienst geleistet, indem er für eine viel kürzere Konferenzpause gesorgt habe. Der Sinn dieser Kürze liegt nach Ingrim in dem Wunsche der Sowjets, daß Genf nicht länger als zwei Monate dauern dürfe, damit die Bundeswehr keine Zeit für ihre Kernwaffen-Ausstattung gewinne.

Hier hakt Ingrim denn auch hart ein und fordert unter Hinweis auf die bisher nicht erfolgte Zurückweisung der Abrüstungspläne der Labour-Party durch Macmillan, der Premier müsse erklären, "daß er auf die Bundeswehr nicht verzichten will. (Ohne Kernwaffen wäre sie kampfunfähig)". Ingrim sieht den Hauptanlaß der westlichen Uneinigkeit in eben dieser bisher nicht erfolgten Distanzierung Macmillans von der Labour-Politik und in dem Eindruck, daß er insgeheim mit ihr einverstanden sei. Der

Adenauer-Journalist erklärt, daß das Mißtrauen gegen London heute in Washington noch deutlicher als in Bonn und Paris sei, weil man in den USA vermute, "daß Macmillans Zurückweichen vor dem Krenl noch andere Gründe hat als die Angst vor Bomben".

Diesem Hohn hängt Ingrim eine "politische" Konstruktion an, die hier wortwörtlich zitiert werden soll: "Neville Chamberlains und Lord Halifax' Zugeständnisse an Hitler, die diesen unabsetzbar machten, wurzeln ja nicht nur in der falschen Auffassung, daß man dadurch den Krieg vermeiden könnte, sondern auch in einer weltpolitischen Konzeption, der eine gewisse Großzügigkeit nicht abzusprechen war. London meinte damals, man könne sich mit Berlin auf Kosten anderer Völker verständigen. Auf dieser Erinnerung beruht der Verdacht, daß Macmillan die Börsartigkeit der Sowjetunion so unterschätze wie Chamberlain diejenige Hitlers und darum mit dem Gedanken spiele, mit Hilfe Moskaus die Einigung Europas zu verhindern".

Die Börsartigkeit der Kritik an Großbritannien, die sich in diesen Sätzen so hemmungslos Luft gemacht hat, ergänzt Dr. Robert Ingrim noch durch zwei weitere Punkte ähnlichen Kalibers. 1. erklärt er, daß sich das bescheidene Konferenzziel des Westens, den status quo ohne dessen Festigung zu wahren, nur erreichen lasse, "wenn Chruschtschow seine Hoffnung auf Großbritannien fahren lassen muß", und 2. erklärt er, daß der Widerstand der Briten gegen Chruschtschows Mindestprogramm der Legitimierung der Zonenregierung auf Kosten Berlins allein vom Westen nicht "als Ereuebeweis der Briten" angesehen werden könnte, wenn sie dem Höchstprogramm (= "Die Durchlöcherung der NATO-Front durch Vereitelung der deutschen Nachrüstung") diene.

Soweit und soviel Dr. Robert Ingrim in der CDU-offiziösen Monatschrift "Die politische Meinung", Juli-Heft 1959. Der politische Tiefschlag, der bisher im Namen der CDU durch den prominenten Adenauer-Propagandisten amerikanischer Staatsangehörigkeit dem britischen Premier, dem britischen Außenminister, der britischen Regierung und Großbritannien versetzt wird, ist von so unerhörtem Ausmaß, daß man sich die Frage nach den Konsequenzen eines solchen Unterfangens kaum zu stellen wagt. Nur noch am Rande gestattet man sich die Überlegung, wie es eigentlich um die wirkliche innere Festigkeit einer westlichen Gemeinschaft bestellt sein mag, in der es möglich ist, daß die verantwortliche Regierungspartei eines Partnerstaates die Regierung eines anderen Partnerstaates so mit Dreckkübeln überschüttet, wie das hier geschehen ist.

Freiheit gleich Unterdrückung ?

J.F.W. - Herr Ludwig Kroll, seines Zeichens Bundestagsabgeordneter der CDU, hat sich in die Schar der Manager des kalten Krieges eingereiht, die zur Zeit in Caux auf ihrer seltsamen "Gipfelkonferenz für ideologische Strategie" beisammen sitzen. Er lieferte dort eine dramatische, offensichtlich dem Geist der Veranstaltung und ihrer Teilnehmer angepasste Darstellung der angeblichen kommunistischen Unterwanderung des kulturellen Lebens in der Bundesrepublik. Nach einem Pressebericht aus Caux erklärte der CDU-Abgeordnete, ideologische Infiltration und Konfusion griffen in Deutschland immer weiter um sich. Das sei in Presse und Rundfunk ebenso der Fall, wie in Theater und Film. Besorgte Briefe von Schauspielern wiesen ihn auf die Wirkung kommunistisch inspirierter Filme und Theaterstücke hin.

Wenn Herr Kroll sich aus der nebulösen Atmosphäre der Ideologie-Strategen von Caux in die nüchterne Luft der Bundesrepublik zurückbequemt hat, wird er nicht umhin können, seine phantasievolle Schwarzmalerei durch exakte Angaben zu untermauern. Anderenfalls wird man wissen, daß er bedenkenlos genug ist, um eines rednerischen Effektes willen im Ausland das Vertrauen in die freiheitliche Gesinnung des deutschen Volkes zu untergraben.

Das Zutrauen zu seiner freiheitlichen Gesinnung hat der Abgeordnete Kroll in Caux allerdings schon gründlich beseitigt. Er denunzierte dort als besonders bedrohliches Beispiel für die ideologische Anfälligkeit in der Bundesrepublik eine Fernsehsendung über Chruschtschow, die für den 31. Juli 1959 vorgesehen ist. Nicht um Wert und Inhalt der Sendung, über die Herr Kroll, nicht anders als die deutsche Öffentlichkeit, erst am Abend des 31. Juli urteilen können, ging es ihm bei diesem Angriff. Er polemisierte gegen die bloße Tatsache, daß das Fernsehen mit dieser Sendung versuchen will, ein Portrait des russischen Ministerpräsidenten zu zeichnen. Kroll bekannte sich zu der Auffassung: "Objektivität und Information sind in einem solchen Fall billige Ausreden von Leuten, die schon in das Fangnetz der anderen Ideologie geraten sind".

Auf diese Beleidigung werden die betroffenen Männer des Fernsehens sicherlich zu entgegnen wissen. Herr Kroll aber sollte daran denken, daß es gerade der Kommunismus ist, der mit der stupiden Gleichsetzung von Objektivität und Gegnerschaft die geistige Unterdrückung und die Vernichtung der Freiheit in seinem Bereich rechtfertigt. Ein makaberer Schauspiel liefert hier ein Bundestagsabgeordneter der CDU. Herr Kroll behauptet, die Freiheit zu verteidigen und greift sie tatsächlich mit Waffen aus dem Arsenal des Kreml an. Wodurch unterscheidet sich solche "ideologische Strategie" eigentlich noch von der Praxis der Kommunisten?

Die Situation in Algerien

ED - Eine der grössten militärischen Aktionen der französischen Armee in Algerien ist gescheitert. Mehr als 40 000 Mann französischer Elite-Truppen hatten seit Beginn voriger Woche versucht, im Gebiet der Kabylei bedeutende Einheiten der Algerischen Befreiungsarmee einzukesseln und zu vernichten. Diese Absicht ist misslungen, will man nicht die Erbeutung von 10 Maschinengewehren und vier Kisten Munition als erfolgreichen ^{Sieg-}feiern. Kein Wunder, wenn die Mienen der Verantwortlichen in Algier und Paris ernster denn je sind. Die Hoffnungen auf einen baldigen "Siegfrieden" in Algerien haben sich nicht erfüllt. Das politisch-militärische Prestige des Staatspräsidenten der V. Republik dürfte nicht gerade neuen Glanz erhalten haben. Auf der anderen Seite aber scheinen sich jene Berater de Gaulles durchzusetzen, die auf eine Verhandlung mit der Regierung des FLN drängen. Es hat den Anschein, als habe de Gaulle den militärischen Plänen der Generäle in Algerien, durch einen spektakulären Erfolg die Wende herbeizuführen, nur nachgegeben, um im - vielleicht auch von ihm erwarteter - Misserfolg die Möglichkeit zu sehen, gegen den Widerstand der "Ultras" zum Gespräch mit den echten Algeriern zu kommen.

Es bleibt abzuwarten, welche Reaktionen die gescheiterte militärische Offensive auf die Colons in Algerien haben wird. Zwar hat die Armee bislang den Befehlen de Gaulles gehorcht, aber niemand weiss, wie lange sie dies tun wird. Denn hinter den vorwiegend gaullistischen Generälen stehen die halb-faschistisch angehauchten gefürchteten Obersten der Algerien-Armee - jene Leute, die am 13. Mai 1958 zum Sturm auf die Demokratie in Frankreich riefen. Die Stimmung unter den Franzosen in Algerien ist rebellisch. Die alten Losungen der Mai-Putschisten gehen um. Der Name de Gaulles ruft oftmals höhnisches Gelächter hervor. Aber es gibt keine Anzeichen dafür, dass etwa jene Kräfte, die sowohl dem gaullistischen Experiment wie der Abenteuern faschistischer Soldateska in Algerien feindlich gegenüberstehen, im Wachsen begriffen sind. Die Abdankung der demokratischen Repräsentanten am 13. Mai hat tiefe Wunden hinterlassen, die wahrscheinlich eine Renaissance republikanisch-demokratischen Geistes unter den Algerienfranzosen verhindern. Aus diesen Gründen ist es wahrscheinlich, dass das Scheitern der Offensive zwar das Unbehagen verstärkt, nicht aber zu Aktionen auf der Seite demokratischer Kreise in Algerien führen wird. Der Anstoss dazu müsste schon von Mutterland her kommen. Dort aber ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, alles ruhig, nicht aber zufrieden.